

– Sie wissen, wie das mit der Beschlussfähigkeit ist. Wenn drei im Saal sind und fünf hinausgehen, dann müssen zwei hereinkommen, damit keiner mehr drinnen ist. Also: Beschlussfähig sind wir in diesem Hause immer.

Dann rufe ich **Tagesordnungspunkt 60** auf:

Antrag

Fraktion der Freien Demokraten

Einzelhandel und Gastronomie nach Corona – Hessen in besonderer Verantwortung – Neustart der Innenstädte für alle Kommunen ermöglichen

– Drucks. 20/5900 –

mit **Tagesordnungspunkt 91**:

Dringlicher Entschließungsantrag

Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Hessens Zentren der Zukunft: Innenstädte mit größten Herausforderungen müssen im Förderfokus stehen

– Drucks. 20/5983 –

Es beginnt Kollege Dr. Naas, FDP-Fraktion.

Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Innenstädte sind attraktiv, insbesondere wenn die Sonne scheint. Deswegen ist es vielleicht gut, dass sich der eine oder andere diese Debatte heute schenken will. Ich verstehe das zwar nicht; denn es ist gut, dass wir diese Debatte heute führen, da die hessischen Innenstädte in Not sind. Wir haben durch Corona große Schäden in den Innenstädten zu beklagen. Damit sind nicht bauliche Schäden gemeint, sondern Leerstände. Wir haben die Situation – das möchte ich voranstellen –, dass wir schon vorher in der einen oder anderen Innenstadt eine schwierige Entwicklung hatten. Damit ist nicht die Zeil gemeint; denn diese wird es als Einzelhandelslage immer geben, sondern damit sind vor allem die Innenstädte von Mittelzentren gemeint, die es dieser Tage besonders schwer haben.

Ich will historisch nicht zu weit ausholen, aber ich will einmal daran erinnern, dass unsere hessischen, deutschen und europäischen Innenstädte besondere historische und kulturelle Errungenschaften sind. Das zeichnet uns aus. Es zeichnet unsere Innenstädte aus, dass es in der Mitte zu meist eine Kirche und ein Rathaus gab und dass sich zwischen Kirche und Rathaus meist eine Einzelhandelsituation aufgespannt hat. Dort gab es Läden, dort konnte man etwas kaufen. In Alsfeld sieht man dies sehr schön: Dort ist unten die Marktlaube, obendrüber ist das Rathaus – es ist also eine besonders gelungene Kombination –, und gegenüber steht die Kirche.

Dies ist meist die historische Situation. Aber dieser historische Befund ist leider im Wanken begriffen, weil wir immer mehr Onlinehandel haben und weil die hessischen Innenstädte damit unter Druck geraten sind. Trotzdem ist es natürlich so: Immer, wenn wir an unsere Städte denken, denken wir vor allem an die Innenstädte. Keiner denkt an Neubaugebiete mit Fertighäusern, sondern wir denken natürlich an gewachsene Innenstädte. Deswegen gilt es, diese Innenstädte als kulturelle Errungenschaften, aber auch als Einzelhandelszonen zu schützen, zu bewahren und fortzuentwickeln, weil wir sie am Ende nicht als Museum ausstellen, sondern weiter nutzen wollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch der hessische Wirtschaftsminister hat erkannt, dass die Innenstädte unter Druck sind, und hat Ende letzten Jahres ein Bündnis für die Innenstadt gegründet und dazu die entscheidenden Verbände eingeladen. Das begrüßen wir ausdrücklich. Ich glaube, die Presseerklärung ist vom 15. Dezember. Die Frage ist nur: Warum so spät, und warum hat es so lange gedauert, nämlich sechs Monate, bis aus diesem Bündnis für die Innenstadt etwas herausgekommen ist, und zwar magere 10 Millionen €?

Der Minister wird sich am Ende dieser Debatte sicherlich damit verteidigen, dass es natürlich noch Restmittel sowie Städtebauförderungen aller Art gebe und dass man diese zusammenkehren und hieraus wunderbare neue Programme machen könne. Wir unterstellen einmal, dass er dies macht. Dennoch geht es um die Frage: Wie können wir die Innenstädte nach Corona wieder in die Lage versetzen, attraktiv zu sein? Weil der Einzelhandel durch den überbordenden Onlinehandel natürlich gelitten hat – da geht es um Gerechtigkeit; denn es war niemand anderes als das Land Hessen, das die Läden mit entsprechenden Corona-Verfügungen geschlossen hat –, gibt es eine besondere Verpflichtung des Landes, beim Neustart zu helfen.

(Beifall Freie Demokraten)

Deswegen reicht es eben nicht, jetzt 10 Millionen € – 40 Millionen € waren angekündigt – zu präsentieren. Dazu werden wir vielleicht hören, dass dies nur ein erster Schritt sei. Ich sage aber: Nein, das reicht nicht, weil es jetzt darum gehen muss, den Innenstädten zu helfen, nicht in ein oder zwei Jahren, wenn irgendwelche Ergebnisse vorliegen. Darum geht es jetzt; denn, wenn sich Leerstand einmal verfestigt hat, dann ist das so schnell nicht mehr reparabel. Das wissen Sie ganz genau.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt hat die Hessische Landesregierung ein „Programm“ vorgelegt. Ich würde aber eher von einem großen Preisausschreiben sprechen, das insgesamt vorsieht, dass Projekte eingereicht werden bzw. dass bis zu 250.000 € für die Unterstützung und für die Neukonzeption der Innenstädte erhalten werden können. Wir glauben, dass dies zu wenig ist. Vor allem glauben wir, dass dies, wenn es am Ende maximal abgerufen wird, maximal 40 Kommunen, vielleicht auch, wenn man in der Fördersumme unter 250.000 € bleibt, einige mehr begünstigen wird. Dies ist aber zu wenig. Selbst wenn es 40, 50, 60 oder 70 Kommunen sein werden, haben wir in Hessen insgesamt über 400 Kommunen; und alle Kommunen – selbst die kleinsten – haben eine Innenstadt. Diese haben einen Einzelhandel, und diesen gilt es jetzt zu unterstützen.

(Beifall Freie Demokraten)

Deswegen haben wir Freie Demokraten sehr früh gesagt: Wir wollen ein flächendeckendes Modell. Wir wollen ein Modell, das alle unterstützt und nicht nur Einzelne; und wir wollen am Ende nicht Sieger auswählen. Es ist ganz absurd, was Sie hier vorschlagen. Am Ende wollen Sie dem Sieger 1 Million € geben. Er hat für das Projekt am Anfang nur 250.000 € bekommen, soll als Sieger aber 1 Million € bekommen. Daher frage ich mich: Für was soll er dies bekommen, für weitere Projekte? Hier geht es am Ende um eine flächendeckende Unterstützung und nicht um eine Auswahl weniger.

Deswegen sind Preisgelder in Höhe von 2,25 Millionen € – Sie geben ja für alles Mögliche Preise aus, beispielsweise

für Malwettbewerbe, es gibt die tollsten Sachen; ich möchte nur noch einmal an „Grünes Glück vor der Tür“ erinnern – 2,25 Millionen € für ein Preisausschreiben, schon ein bisschen viel.

(Beifall Freie Demokraten)

Deswegen glauben wir, dass es erstens sehr wichtig ist, dass wir auch bestehende Projekte unterstützen. Die Kommunen sind nämlich die letzten sechs Monate, in denen die Landesregierung verhandelt hat, nicht untätig gewesen. Sie wollen in Ihrem Förderprogramm aber nur neue Projekte unterstützen. Dies halten wir für einen Fehler. Der zweite Punkt ist, dass vier Wochen für ein Interessenbekundungsverfahren viel zu kurz sind. Wir glauben, dass wir eine längere Frist brauchen und dass es gleichzeitig sehr schnell gehen muss. Ich glaube, es geht im Moment um eine ganze Menge.

(Anhaltende Unruhe – Glockenzeichen)

Es geht darum, dass wir natürlich auch die Gewerbevereine mit ins Boot nehmen müssen, dass wir jetzt die volle Kreativität brauchen und nicht nur die der Gemeinden, sondern vor allem die der Ehrenamtlichen. Wir müssen uns über City-Manager, über Pop-up-Stores unterhalten. Wir müssen uns vielleicht auch über die eine oder andere bauliche Anlage unterhalten, über Sicherheit und Ordnung, wo es fehlt; und wir müssen die Kommunen vielleicht in die Lage versetzen, auf Bagatellgebühren wie Marktgebühren zu verzichten. Wir sollten uns darüber unterhalten, dass wir die Städte neu denken, was die Logistik angeht, und wir müssen die Städte vor allem als Bühne begreifen; denn am Ende ist es das Einkaufserlebnis, das die Städte als Einzelhandelsstandort auszeichnet. Wir müssen auch Wohnen und Arbeiten näher aneinanderrücken. All dies sind Aspekte. Deswegen kommt es jetzt darauf an, nicht nur 40, 60 oder 70 Kommunen zu begünstigen, sondern alle 400 Kommunen in die Lage zu versetzen.

(Beifall Freie Demokraten)

Dazu haben wir einen konkreten Vorschlag gemacht. Wir haben nämlich gesagt: 10 € pro Einwohner mit einem 10-prozentigen Anteil der Gemeinde. Natürlich war dies so gemeint, dass von mir aus auch noch eine Ministerialbürokratie darüberschaut, damit kein Unfug gemacht wird. Das wollten wir damit nicht aushebeln. Aber wir wollten sicherstellen, dass jeder in die Lage versetzt wird, etwas für seine Kommune zu tun, und nicht nur die 40 Ersten und die 40 Schnellsten. Das führt im Lande Hessen nämlich nicht zu Gerechtigkeit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt ist Kreativität gefragt. Es gibt in den hessischen Städten eine ganze Menge zu tun. Ich freue mich auf die Diskussion; und ich freue mich auf die weiteren Initiativen. Wir werden an dem Thema dranbleiben; denn dies werden die Themen der nächsten Jahre bleiben: Wie werden wir Wohnen und Arbeiten in der Innenstadt gestalten? Wie können wir die Städte stärken? Denn wir wollen kreative und lebendige Städte erhalten, vor allem in Hessen. – Herzlichen Dank.

(Beifall Freie Demokraten)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Dr. Naas. – Die nächste Rednerin ist Frau Abg. Birgit Heitland.

Birgit Heitland (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ja, Herr Dr. Naas, die Wirtschaft wurde durch die Corona-Pandemie schwer getroffen. Das gilt für Hessen, für Deutschland, für Europa und für die ganze Welt. Ja, es ist auch die Aufgabe der Politik, Lösungen zu finden, die diesen Trend umkehren und unsere Wirtschaft wieder auf einen Erfolgskurs bringen. Genau dieser Aufgabe widmet sich die Hessische Landesregierung ganz genau.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hessen wurde durch diese Krise als Drehkreuz im Zentrum von Deutschland und Europa besonders in Mitleidenschaft gezogen. Der massiv eingeschränkte Reise- und Geschäftsverkehr der vergangenen gut 18 Monate, der sich bisher nicht vollständig erholt hat, hat insbesondere den größten hiesigen Arbeitgeber, den Frankfurter Flughafen, empfindlich getroffen. Dadurch erklärt sich übrigens auch, warum der Rückgang des hessischen Bruttoinlandsproduktes etwas über dem Bundesdurchschnitt liegt, wie es die FDP in ihrem Antrag ausgeführt hat. Mit den Innenstädten, um die es in dem Antrag eigentlich geht, hat es aber weniger zu tun; diese sind nämlich deutschlandweit vergleichbar betroffen.

Nebenbei bemerkt, macht die Öffnung des Terminals 2 des Frankfurter Flughafens sowie die jüngst gemeinsam mit dem Bund beschlossene Investition in Condor, die über 4.000 Arbeitsplätze rettet, Hoffnung darauf, dass es mit dem Flugverkehr in Hessen bald wieder bergauf geht. Deshalb auch einen großen Dank an die Verhandlungspartner.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun aber zu den Innenstädten. Fakt ist: Auch Innenstädte und Ortskerne haben sehr stark unter den Corona-Einschränkungen gelitten. Die Infektionsschutzmaßnahmen waren notwendig – das steht außer Frage –, aber es ist klar, dass es tiefe finanzielle Löcher reißt, wenn Geschäfte des Einzelhandels oder Gastronomiebetriebe über Wochen und Monate nicht arbeiten können. Deshalb ist es gut, dass durch zahlreiche Unterstützungsangebote des Landes und des Bundes Schlimmeres verhindert werden konnte. Da sind z. B. die Corona-Soforthilfen, Überbrückungshilfen, Umsatzausgleiche oder attraktive Liquiditäts- und Kreditangebote zu nennen. Insbesondere die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ministerien und Regierungspräsidien haben Herausragendes geleistet und Hunderttausende Anträge bearbeitet. Auch das möchte ich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich loben. Dies haben sie wirklich gut gemacht.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Trotzdem müssen wir uns natürlich die Frage stellen, wie wir unsere Innenstädte und Ortskerne mit Schwung aus der Krise holen bzw. wie ein schneller und effizienter Neustart der Wirtschaft in Hessen ermöglicht werden kann.

Innenstädte haben eine große Bedeutung für uns Menschen. Wir wollen, dass Menschen dort weiterhin wohnen, arbeiten, einkaufen, essen, trinken, gesellschaftlich beisammen sein und ihre Freizeit gemeinsam genießen können. Wir müssen uns aber auch vor Augen führen – Herr Dr. Naas, das haben Sie schon erwähnt –, dass die Innenstädte durch den Strukturwandel bereits vor Corona vor großen Herausforderungen standen, Stichwort: Onlinehandel. Dies haben Sie bereits genannt.

Um die Kommunen bei der Umsetzung ihrer Visionen für zukunftsfähige Innenstädte zu unterstützen, hat die Hessische Landesregierung in einer ersten Tranche vor Kurzem das Förderprogramm „Zukunft Innenstadt“ in Höhe von 12,25 Millionen € vorgelegt. Städte und Gemeinden können sich mit Projekten und Ideen der Stadt- und Ortsentwicklung bewerben.

Vorgeschlagene Maßnahmen werden durch das Land bis zu 90 % bezuschusst. Einzelne Projekte können mit Beiträgen zwischen 5.000 bis 250.000 € gefördert werden. Diese Flexibilität beim Fördervolumen ist gut, weil sowohl kleinere als auch größere Kommunen Ideen einreichen können. Flankiert wird das Ganze durch einen Kommunalpreis, den Sie gerade herabgewürdigt haben,

(Zurufe Freie Demokraten: Oh!)

durch welchen drei besonders herausragende Projekte mit einer zusätzlichen Prämie gefördert werden können. Was spricht gegen Wettbewerb?

(Zuruf Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

Das Programm ist ganz bewusst breit gefächert. Es soll Kommunen anregen, kreative Ansätze der Innenstadtentwicklung zu verfolgen und mutige Ideen einzubringen.

Die FDP kritisiert nun in ihrem Antrag, dass die Summe von 12,25 Millionen € zu gering sei. Herr Dr. Naas, das ist doch aber die erste Fördercharge. Sie entstammt dem Neuen Hessenplan, und in diesem sind für die Innenstadtentwicklung 40 Millionen € bis 2023 vorgesehen.

(Zuruf Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

Anstatt aber das Geld direkt auf einmal zu verteilen, erfolgt die Förderung gestaffelt. So kann ich doch ein Förderprogramm laufend evaluieren und gegebenenfalls anpassen. Ich halte das für sehr vernünftig.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe Freie Demokraten)

Wir sollten nicht einfach Steuergelder verausgaben, weil die großen Zahlen in der Presse gut aussehen. Wir müssen stattdessen schauen, ob die Instrumente, die wir verwenden, dann auch ihren Zweck erfüllen. Ich denke, eine verstetigte Förderung über mehrere Jahre ist sowohl zielgerichteter als auch politisch sinnvoller, als auf einmal den großen Scheck auszustellen und danach das Thema abzuhaken. So ist unsere Vorgehensweise.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wo wir gerade beim Fördervolumen sind – Sie hatten es schon geahnt, Herr Dr. Naas, dass wir das aufzählen werden –: Die 40 Millionen € aus dem Neuen Hessenplan sind nicht das einzige Investitionsprogramm für die Innenstadtentwicklung. Da gibt es beispielsweise die Initiative „Lebendige Zentren“, über die 2021, wie auch schon 2020, gut 37 Millionen € Investitionsmittel für bauliche Maßnahmen für den innerstädtischen Strukturwandel mobilisiert werden. Außerdem gibt es den jährlichen Wettbewerb „Ab in die Mitte!“ für Bürger, Verwaltung und Unternehmen zur Stärkung von Ortskernen. Dessen Volumen wurde 2021 noch einmal um 50.000 € auf 210.000 € aufgestockt. Die Förderung für die Innenstadtentwicklung ist deutlich umfangreicher und vielschichtiger, als Sie, Herr Dr. Naas, es gerade dargestellt haben.

(Zuruf Freie Demokraten: Ei, ei, ei!)

Nun schlagen Sie in Ihrem Antrag vor, die Fördermittel anhand einer Kopfpauschale von 10 € zu vergeben. Wir wollen aber kein rein pressewirksames Gießkannenprogramm. Vielmehr sollen die Mittel dorthin fließen, wo konkreter Bedarf besteht, also dorthin, wo Innenstädte unter dem Besucher- und Kundenschwund leiden.

(Zuruf Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

Das sind in der Regel mittlere – diese haben Sie auch genannt – und auch größere Städte und Gemeinden. Es macht doch keinen Sinn, einem Dorf mit 500 Einwohnern, ohne Einzelhandel, mit vielleicht ein bis zwei gastronomischen Betrieben, pauschal 5.000 € für die Entwicklung der Innenstadt zu geben,

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Es gibt aber kein Dorf mit 500 Einwohnern mehr in Hessen! – Unruhe)

wo es die in diesem Sinne gar nicht gibt. Herr Dr. Naas, dafür haben wir andere Programme.

Es bringt den Menschen viel mehr, wenn im nächsten Mittelzentrum, das in der Nähe ist, durch eine gezielte Investition Abwanderungen von Geschäften aus der Fußgängerzone gestoppt werden und neue Unternehmen angezogen werden können.

(Anhaltende Unruhe – Glockenzeichen)

Alle Kommunen können Anträge stellen, das ist ganz unbenommen. Ganz davon abgesehen, finde ich es auch kurios, dass die Freien Demokraten den Zukunftsplan Innenstadt so schlecht darstellen. Der Plan wurde von der Landesregierung – das haben Sie auch aufgezeigt – gemeinsam mit dem Bündnis für die Innenstadt entwickelt. Diesem Bündnis gehören 15 Partner an, darunter der Handelsverband Hessen, der Hessische Handwerkstag, DEHOGA Hessen, Kommunale Spitzenverbände, Stadtmarketing, verschiedene Landesbehörden oder Eigentümerverbände. Liebe Kollegen der FDP, wir können uns doch darauf verlassen, dass ein so breit aufgestelltes Bündnis weiß, was es tut und wie den Innenstädten am besten geholfen werden kann.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Programm „Zukunft Innenstadt“ ist ein wichtiger Baustein für den Neustart der Innenstädte nach Corona und fügt sich sehr gut in die Strategie der Landesregierung zur Gestaltung des Strukturwandels ein.

Ich danke daher den beteiligten Partnern, die unter Federführung der Hessischen Landesregierung eine sehr gute Initiative entwickelt haben. Wir werden die Entwicklung der Innenstädte weiter beobachten und dort helfen, wo es nötig ist, damit unsere Kommunen erfolgreich aus dieser Krise kommen. – Vielen Dank.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollegin Birgit Heitland. – Das Wort hat der Abg. Andreas Lichert, AfD-Fraktion.

Andreas Lichert (AfD):

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Den Gastronomen und den Einzelhändlern in Hessen geht es schlecht. Schuld daran ist nicht COVID, sondern die Serie an politischen Fehlentscheidungen. Für viele Einzelhändler und Gastronomen kommt erschwerend hinzu, dass sie im vergangenen Jahr noch sehr viel Geld in die Hand genommen haben, investiert haben, um ihre Geschäfte oder Restaurants sicher zu machen. Dieses Geld hätte gut investiertes Geld sein müssen. In der Sache war es das auch, das bescheinigt spätestens das „ControlCOVID“-Papier des Robert Koch-Instituts. Dort heißt es, die Risiken im Einzelhandel sind niedrig und sogar in der Gastronomie moderat. – Das bedeutet beherrschbar.

(Beifall AfD)

Trotzdem haben die Regierungen in ihrem politischen Herdtrieb de facto willkürliche Berufsverbote verhängt, und diese waren weder verhältnismäßig noch wirksam.

(Beifall AfD)

Das ist der Hintergrund, den wir immer berücksichtigen müssen. Das bringt die Landespolitik in eine Bringschuld.

Die Freien Demokraten heben zu Recht hervor, dass der Wirtschaftseinbruch in Hessen stärker war als im Bundeschnitt. Aber es gehört jetzt relativ wenig Fantasie dazu, sich die Hintergründe vorzustellen. Ich nenne nur ein paar Schlagworte: Flughafen, Messen, Geschäfts- und Privatreisen und natürlich das Thema Homeoffice. In einem relativ dienstleistungsstarken Bereich sind die Auswirkungen sehr viel größer. Wenn wir aber noch ein bisschen stärker in diese Daten hineinzoomen und uns den Sektor Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation anschauen, dann stellen wir fest, dass der Rückgang sogar 8,8 % betrug, und das, obwohl Teilbereiche, wie die Branche IuK, im letzten Jahr sogar stark profitiert haben. Umso stärker muss der Verlust für die Verliererbranchen gewesen sein.

Dieser wirtschaftliche Schaden geht immer einher mit persönlichen Schicksalen. Das dürfen wir bei dieser ganzen Zahlenhuberei auf gar keinen Fall unterschätzen. Auch das gehört zu dem Kontext der Maßnahmen, den wir heute zu beraten haben.

Schauen wir aus dem Fenster: Bombenwetter, die Außen gastronomie ist voll, das Leben kehrt endlich in die Städte zurück. Viele Kunden kehren, Gott sei Dank, wieder in die Innenstädte zurück und holen jetzt Konsumwünsche nach, die sie in den letzten Monaten nicht verwirklichen konnten oder vielleicht auch wollten. Das wird ein toller Sommer, vielleicht auch wirtschaftlich. Dafür wird schon allein die Bundestagswahl am 26. September sorgen. Aber: Was kommt dann?

(Beifall AfD)

Meine Vorredner haben es bereits dargelegt: Die Krise der Innenstädte ist keineswegs neu, aber sie wurde deutlich, dramatisch verschärft. Ich erinnere beispielsweise an ein gemeinsames Statement unter anderem vom Deutschen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung gemeinsam mit dem Handelsverband Deutschland und anderen: „Stoppt den Niedergang unserer Innenstädte“. Dieses Statement enthält einige fast schon apokalyptische Warn- und Weckrufe an die Politik. Darin sind aber gleichzeitig auch viele Ideen versammelt, die mindestens

in der langen Sicht durchaus die Perspektiven aufhellen können. Da werden Konzepte skizziert, planerische Steuerungen angemahnt, Stadtmarketing, Digitalisierung – was es da alles gibt, das ist wunderbar.

Es gibt auch jetzt schon diverse Initiativen auf kommunaler und auf Landesebene, die genau diese Zukunftsperspektiven entwickeln sollen. Aber, das ist der entscheidende Punkt, das sind strategische und langfristige Maßnahmen. Ich glaube, wenn wir uns nur auf diese verlassen, dann kommen sie schlicht zu spät. Wenn schon in der Vergangenheit so viel auf diesem Thema herumgedacht wurde, was macht uns denn glauben, dass wir jetzt mit ein bisschen mehr Geld plötzlich viel größere Erfolge werden feiern können?

(Beifall AfD)

Wir sind da skeptisch. Wir fürchten, dass einfach nur mehr Konzepte geschrieben werden, mehr buntes Papier produziert wird und vielleicht noch ein paar Pressetermine hinzukommen, wo der Minister publikumswirksam dicke Schecks überreichen kann. Wir denken, dass das nicht der richtige Weg ist.

Allerdings müssen wir uns auch ein bisschen über den Antrag der FDP wundern. Jetzt festhalten: Erschreckenderweise muss ich dem Wirtschaftsminister sogar einmal recht geben.

(Zurufe Freie Demokraten)

Denn auch wir fürchten, dass die FDP in der Tat ihren ordnungspolitischen Kompass verloren hat. Sie fordern relativ pauschal einfach einmal mehr Geld, deutlich mehr Geld, immerhin eine Versechsfachung des Volumens des Programms „Zukunft Innenstadt“. Dabei von „pressewirksamen Gießkannenförderungen“ zu sprechen, würde mir natürlich niemals einfallen, ich zitiere einfach einmal Frau Abg. Heitland.

Das ist aus unserer Sicht auf jeden Fall viel zu unspezifisch, und es riecht auch ein wenig danach: Wir kritisieren zwar die Sonderschulden, aber jetzt sind sie halt da, und dann greifen wir auch gerne einmal in diesen Topf hinein. – Das ist unglaublich, das wollen wir nicht.

Wir wollen ganz allgemein in allen Politikfeldern, aber auch und gerade in dieser besonderen Situation für die Innenstädte, dass die Mittel maximal zielgerichtet und effektiv eingesetzt werden. Das bedeutet, dass vor allem auch die Einzelhändler und die Gastronomen vor Ort ganz konkret profitieren müssen. Der aktuelle Nachfrageüberhang wird sich irgendwann einmal aufgelöst haben, dann wird sich nicht nur das Wetter, sondern möglicherweise auch die konjunkturelle Lage deutlich eintrüben. Der entsprechenden Konsumzurückhaltung der Bürger müssen wir vor allen Dingen begegnen.

Heute machen wir in dieser Frage einmal die Serviceopposition und plädieren für ein Modell teilsubventionierter Einkaufsgutscheine. Die Eckpunkte gehen ungefähr so: Wir möchten, dass gestaffelte Rabatte eingesetzt werden. Beispiel: 10 %, wenn man einen Einkaufsgutschein bis 50 € erwirbt; 15 % bis 100 € und darüber hinaus 20 % Rabatt. Es wird also ein Anreiz gesetzt, dass die Bürger mehr Geld ausgeben. Und wo geben sie es aus? Die Gutscheine werden in der Kommune erworben und können auch nur dort eingesetzt werden. Das heißt, es profitiert auch nur der lokale Einzelhandel.

(Beifall AfD)

Wer ganz konkret zu dem Kreis der Begünstigten gehört, das müssen natürlich die Kommunen koordinieren. Sie nehmen den Kontakt mit den lokalen Einzelhändlern und Gastronomen auf, aber auch mit anderen Betrieben, wenn es sinnvoll ist. Es entsteht somit eine Positivliste teilnehmender Betriebe, und die Bürger wissen auch genau, wo sie hinzugehen haben, wenn sie dieses Modell nutzen wollen.

Es darf natürlich auch kein willkürlicher Ausschluss bestimmter Betriebe erfolgen, nur, weil sie uns aus irgendwelchen Gründen gerade nicht in den Kram passen. Es gibt aber bereits heute jede Menge Förderprogramme, die ausschließlich für KMUs zugänglich sind. Das heißt, es sind Unternehmen mit weniger als 250 Mitarbeitern bzw. Vollzeitäquivalenten und weniger als 50 Millionen € Umsatz oder 43 Millionen € Bilanzsumme.

Mit einer entsprechenden Ausgestaltung könnten also die großen Ketten und Filialisten, denen wir, glaube ich, alle nicht wirklich gerne das Geld hinterherwerfen wollen, rechtssicher und diskriminierungsfrei ausgeschlossen werden.

Solche Konzepte sind ehrlicherweise nicht völlig neu und ausschließlich auf dem Mist der AfD gewachsen. Beispielsweise in Bad Nauheim, in meinem Heimatort, gibt es den schönen Sprudeltaler.

(Zuruf Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

– Ganz genau, Herr Dr. Naas, vollkommen richtig. – Dieser Sprudeltaler beinhaltet wenigstens einige elementare Elemente unseres Konzepts. Das heißt, es geht, man muss nur wollen.

Ich nehme an, die Stadt Bad Nauheim setzt dazu schlichtweg auf einen entsprechenden Dienstleister. Wie wäre es denn, wenn das Land in dieser Sache einmal Dienstleister für die Kommunen wäre?

(Beifall AfD)

Das Ganze bedarf natürlich einer gewissen Vorbereitungszeit, das ist uns auch klar. Aber nachdem jetzt schon so viel Zeit ins Land gegangen ist, um überhaupt das bestehende aktuelle Programm auf die Rampe zu bringen, ist es, glaube ich, mit einigen Monaten mehr gut investierte Zeit. Wie gesagt, den Sommer werden wir und vor allem die Einzelhändler und Gastronomen gut überstehen. Aber – unser beider Lieblingsspruch, Frau Claus –: Winter is coming. Das wird uns auf jeden Fall dazu bringen, dass wir auch über diese Dinge nachdenken müssen.

Was erreichen wir dadurch? – Keine Streuverluste. Geld aus der Kommune von den Bürgern bleibt in der Kommune, ein Hebeleffekt auf öffentliche Mittel von mindestens 5 : 1.

(Beifall AfD)

Wir schaffen einen klaren Anreiz für höhere private Ausgaben.

Jetzt kann man wie bei jedem Förderprogramm sagen: Hoppla, da wird es jede Menge Mitnahmeeffekte geben. – Das stimmt, natürlich wird es die geben. Aber wir lenken sogar diese Mitnahmeeffekte, wenn Sie so wollen, gezielt zu den lokalen Einzelhändlern vor Ort. Das ist Sinn und Zweck dieses Vorschlags.

(Beifall AfD)

Insgesamt haben wir dadurch eine sehr gute Steuerbarkeit und Erfolgskontrolle. Auch das ist etwas, was viel stärker Element unserer Politik insgesamt werden muss.

Jetzt werden Sie vielleicht nicht ganz unberechtigt die Frage stellen: Wenn die AfD eine so tolle Idee hat, warum stellt sie dann keinen eigenen Antrag? Erstens, weil wir wissen, was damit passiert.

(Zurufe)

Zweitens geht es nicht darum, dass wir diesen Antrag publikumswirksam ins Schaufenster stellen, sondern er soll umgesetzt werden. Es geht nicht immer nur darum, dass wir hier parteipolitisches Lametta verbreiten wollen. Insofern wäre es sehr hübsch, wenn Sie sich dieses Konzept durch den Kopf gehen ließen. Wenn die GRÜNEN ihre Feindschaft zu den Grundrechenarten aufgeben, werden sie vielleicht auch den Charme des Modells erkennen.

(Beifall AfD)

Das Entscheidende ist: Steuerzahlergeld wird zielgerichtet eingesetzt, und die Innenstädte profitieren. Darum geht es uns. Lassen Sie diese Idee einmal einwirken. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Lichert. – Nächster Redner ist der Kollege Markus Hofmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Markus Hofmann (Fulda) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Erst einmal ein herzliches Dankeschön an Herrn Dr. Naas, dass er die wunderschöne mittelalterliche Stadt Alsfeld erwähnt hat.

(Zuruf Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

– Nein, aber sie wurde, glaube ich, 1066 gegründet, und ich meine – ich bin nicht mehr der Jüngste – mich erinnern zu können, dass es seitdem dort auch keine Sonntagsöffnungen gibt und die Stadt immer noch existiert.

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Da wäre ich vorsichtig!)

– Ja, außer bei besonderen Märkten. Das wissen wir. Das ist heute noch so.

Die Pandemie ist das Brennglas, welche das ganze Ausmaß der Problematik der leeren Innenstädte vergrößert und verstärkt. Der stationäre Einzelhandel hatte schon weit vor der Pandemie erhebliche wirtschaftliche Probleme, siehe unter anderem Galeria Karstadt Kaufhof, vor allem auch viele mittelständische Kaufhausunternehmen und auch Fachgeschäfte.

Jahre- und jahrzehntelang wurden große Einkaufszentren auf der grünen Wiese genehmigt und sorgten schon seinerzeit für große Einnahmeverluste der Einzelhandelsunternehmen in den Innenstädten. Ich kann – nur sprichwörtlich, keine Angst – ein Lied davon singen, welchen Aufwand eine Kommune im Zusammenspiel mit einem Gewerbeverein unternommen hat, um mit einem aufwendig

erstellten Einzelhandelskonzept die Innenstadt zu retten, indem sie großflächigen Einzelhandel im Außenbereich zu verhindern suchte. Die Problematik ist also beileibe nicht neu.

Seit geraumer Zeit macht der Onlinehandel dem stationären Einzelhandel zusätzlich erheblich zu schaffen, und das nicht nur den kleinen und mittleren Unternehmen, sondern mittlerweile eben auch den großen Playern im Handel. Das Problem ist also vielschichtig. Auch für die Gastronomie gab es schon vor der Pandemie punktuell Probleme, je nach Lage und Konzept. Das gehört auch zur Wahrheit dazu.

Wie eingangs erwähnt, kam Corona hinzu, und durch die Kontaktbeschränkungen und temporären Schließungen von Geschäften und Gastronomiebetrieben blieben unsere Innenstädte leer. Das ist auch kein Geheimnis. Völlig zu Recht beklagen Interessengruppen wie DEHOGA, der Handelsverband und auch die Kommunalen Spitzenverbände sowie weitere Interessenverbände die schwierige Situation.

Eines muss uns aber auch klar sein: Wir hatten bisher keine vergleichbare Krise. Wenn wir das bedenken, dann sind wir bisher dabei ganz gut herausgekommen. Aktuell sieht es so aus: Der ifo-Geschäftsklimaindex ist im Mai auf 99,2 Punkte gestiegen. Das ist der vierte Anstieg in Folge. Der IHK-Geschäftsklimaindex ist erstmals seit Ausbruch der Krise wieder in den positiven Bereich gekommen. 82 % der Hotels und Pensionen sind wieder für touristische Übernachtungen geöffnet, und die Außengastronomie ist bis zu 70 % in Betrieb. Es ist aber noch lange nicht so wie vor Corona.

Es war aber abzusehen, dass sich die Konjunktur erholt, sobald sich das pandemische Geschehen positiv verändert. Das beste Konjunkturprogramm ist eben die größtmögliche Freiheit bei Gewerbe und Gastronomie, die größtmögliche Freiheit der Menschen.

(Zuruf Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

Dass jetzt mehr Dinge möglich sind, ist ein Zeichen der erfolgreichen Corona-Politik und vor allem des Impfens. Dass ich Ihnen das auch noch erklären muss, liebe Freie Demokraten, das spricht für sich.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Man muss aber auch darauf hinweisen, dass wir noch nicht am Ende der Pandemie sind. Normalität ist also noch lange nicht erreicht. Es sprechen trotzdem jetzt schon viele Menschen vom Post-Corona-Boom.

Dass sehr viele Unternehmen den letzten Lockdown überlebt haben, ist unter anderem den Hilfsmitteln des Wirtschaftsministeriums geschuldet, und das müssen wir immer wieder erwähnen. Heute Vormittag wurde schon ausführlich darüber berichtet.

(Zuruf Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

Aber kommen wir zum Antrag der Freien Demokraten. Ich habe ihn mir tatsächlich durchgelesen.

(Beifall Freie Demokraten – Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Das kann man von Ihnen nicht erwarten!)

– Das ist in der Aufwandsentschädigung inbegriffen. – In keinem Satz habe ich von Sonntagsöffnungen lesen können. Herr Dr. Naas, was ist da los bei Ihnen? Haben Sie sich davon abgewendet? Das wäre super, aber ich wäre schon ein wenig überrascht.

In Ihrem Antrag beschreiben Sie unter Punkt 3 die Situation der Gastronomie und des Einzelhandels. Er endet mit der Forderung nach einem Neustart zur Unterstützung der hessischen Innenstädte.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der Freien Demokraten, die Hessische Landesregierung macht das. Sie hat das Thema schon länger auf dem Schirm, schon als Sie noch die Heillösung in den Sonntagsöffnungen suchten – als ob das ein Mittel wäre, um die Innenstädte zu revitalisieren.

(Zuruf Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

Die Folgen der Corona-Krise werden uns alle noch lange begleiten. Deshalb hat die Landesregierung den Neuen Hessenplan entwickelt.

(Zuruf SPD: Es gibt keinen Neuen Hessenplan!)

– Schaut doch einmal auf die Seite. – In diesem Hessenplan werden Wege und Perspektiven aufgezeigt, um aus der Corona-Krise herauszukommen und unsere Innenstädte krisenfester zu machen.

(Unruhe – Glockenzeichen)

In Zusammenarbeit mit den Fachleuten der unterschiedlichsten Organisationen, unter anderem von DEHOGA, den Kommunalen Spitzenverbänden, dem Hessischen Industrie- und Handelskammertag, dem Stadtmarketingverband und der Architektenkammer Hessen, werden Zukunftspläne erarbeitet, um kurz-, mittel- und langfristig unsere Städte interessant, lebendig und lebenswert zu halten. Denn unsere Städte sind Orte des Handels, des Wohnens, der Kultur, der Bildung, der Freizeit und der Erwerbstätigkeit.

Zur Belebung der Innenstädte stellt die Landesregierung 40 Millionen € bereit. Mit dem Förderprogramm „Zukunft Innenstadt“ stellt die Regierung Fördermittel mit einer Beteiligung von bis zu 90 % bereit. In der ersten Förderrunde werden 12,25 Millionen € bereitgestellt. Wichtig, und das unterscheidet das Förderprogramm der Landesregierung vom Vorhaben der Freien Demokraten: Man muss einen Antrag stellen. Die Kommunen sollen ihre Ideen angeben, die sie mit Sicherheit haben, um ihre Stadt, ihre Gemeinde zu revitalisieren. Ginge es nach der FDP, müssten wir hessenweit mit der Gießkanne Mittel verteilen. Mit dieser bedingungslosen Grundeinstellung überraschen Sie mich, liebe Freie Demokraten. Das ist fast schon ein sozialistischer Ansatz.

(Zuruf Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

Dieser Ansatz ist nicht zielführend; denn die Kommunen in Hessen sind unterschiedlich aufgestellt, und sie haben unterschiedliche Bedarfe. Diese muss man erkennen und danach unterstützen.

Dann müssen Sie, die Freien Demokraten, mir bitte erklären, was Sie eigentlich wollen. In Punkt 4 Ihres Antrages schreiben Sie, dass die Kommunen schnelle Hilfe benötigen, was richtig ist. Im gleichen Absatz bemängeln Sie, dass die Antragsfrist der ersten Förderrunde am 30.06. abläuft und viel zu kurz ist. – Was denn nun?

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): W i r müssen schnell sein! Das ist ein Unterschied!)

– Ja, ja. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Förderrunde ist niederschwellig angelegt. Das heißt, sie ist einfachst zu beantragen. Das müsste machbar sein; denn sehr viele Kommunen haben schon viele Ideen, was man wie machen kann, um ihre Innenstädte zu beleben. In der Regel wissen die Kommunen selbst, wo es hakt und was man machen könnte. Antragsberechtigt sind alle Städte und Gemeinden, und die erworbenen Fördergelder können weitergeleitet werden, z. B. an Gewerbevereine, die sich unermüdlich für die Belebung der Innenstädte einsetzen, die z. B. Feste und Festivals organisieren.

Pro Kommune können bis zu 250.000 € Landesmittel für Maßnahmen bereitgestellt werden. Dann gibt es noch den optionalen Kommunalpreis, mit dem besonders kreative und innovative Lösungsansätze zusätzlich zum Innenstadtbudget gefördert werden können, und zwar mit 500.000 €, 750.000 € und 1 Million €.

(Zuruf Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

Unterstützt werden in dem Förderprogramm „Zukunft Innenstadt“ ganz unterschiedliche Ansätze, Strategie- und Öffentlichkeitsarbeit, Machbarkeitsstudien, um z. B. leer stehende Kaufhäuser zu revitalisieren oder umzunutzen, die Umgestaltung und Möblierung des öffentlichen Raums, Maßnahmen zur Belebung des innenstädtischen Einzelhandels, Ausstattungen im Innen- und Außenbereich für Handel, Gastronomie, Dienstleistungen, Entwicklung und Umsetzung von neuen Nutzungskonzepten wie Coworking-Spaces usw.

Herr Dr. Naas, wenn Sie noch Bürgermeister in Steinbach im schönen Taunus wären, dann würden Sie sich sehr über dieses Förderprogramm freuen. Ich glaube, Sie wären auch einer der Ersten, der es beantragt hätte, weil es eben ein niederschwelliges Angebot zur finanziellen Unterstützung bei der Rettung und Revitalisierung der Innenstädte ist.

(Zuruf Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten) – Gegenrufe – Glockenzeichen)

Förderung da, wo es nötig ist, wo es möglich ist und wo es sinnvoll ist, Herr Dr. Naas. Für die erste Förderrunde haben die Kommunen noch bis Ende Juni Zeit. Das Förderprogramm wird bisher gut angenommen. Ich würde mich freuen, wenn Sie den Antrag von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN annehmen würden. – Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist der Kollege Knut John, SPD-Fraktion.

Knut John (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn wir über die Innenstädte sprechen, dann habe ich den Eindruck, dass wir alle unterschiedliche Bilder vor Augen haben. Wir haben 191 Städte. Bei dem, was ich bisher gehört habe, waren es überwiegend die größeren oder mittleren Städte, über die gesprochen wurde. Wir müssen uns vielleicht einmal klarmachen, was eine Stadt überhaupt ist. Wann fängt

eine Stadt an? Wenn sie Stadtrechte hat oder wie auch immer?

Ich lade Sie gerne ein, sich im ländlichen Raum ein paar Städte mit mir zusammen anzusehen. Dann werden Sie feststellen: Da gibt es keine Fußgängerzonen, da gibt es keine Center, da gibt es auch keine Kaufhäuser. Da gibt es gar nichts mehr. Dieses Drama, das sich dort abspielt – da müssen wir gegenhalten.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Diese kleinen Kommunen, diese kleinen Städte wissen morgen nicht, wie sie sich finanzieren sollen. Die Bürgermeister arbeiten teilweise 70 oder 80 Stunden, damit sie überhaupt irgendwie an die Wand kommen. – Oh, ich weiß, man darf nicht alles sagen.

Die Pandemie war sozusagen der Brandbeschleuniger. Jetzt müssen die Städte neu inszeniert werden. Machen wir uns nichts vor – das hat der Wirtschaftsminister übrigens auch schon gesagt –: Die Städte werden nicht mehr aussehen, wie sie früher ausgesehen haben; denn da ist noch viel mehr passiert, nämlich vor der Pandemie. Es ist passiert, dass der Onlinehandel das Zepter in die Hand genommen hat, und der Onlinehandel wird immer mehr. Schauen Sie einmal in Ihre Städte und Gemeinden. Da jagt ein weißes oder gelbes Auto das andere. Was ist darin? Das sind die Bestellungen bei Amazon, Aldi-Online, Lidl, Zalando und dergleichen. – Die können es verdammt gut. Deswegen läuft es auch so gut.

Schauen wir einmal auf die kleinen Städte, und stellen Sie sich vor, Sie wollen einen Laden mit 100 m² aufmachen. Die Miete liegt bei 10 €, das ist geschenkt. Dann sind wir bei 1.000 €. Sie haben 500 € Energiekosten und 500 € Nebenkosten. Dann brauchen Sie noch einen Mitarbeiter, wenn Sie eine Boutique aufmachen; denn alleine bekommen Sie es nicht geleistet. Nehmen wir 60 Stunden Öffnungszeit an bei 13 €. Das ist wenig.

Ich habe das einmal ausgerechnet. Da haben Sie knapp 5.000 € für das Mitarbeiterinkommen. Dann haben Sie die 1.000 € Miete und die 500 € Nebenkosten. Dann müssen Sie sich selbst auch noch finanzieren. Dann haben Sie ungefähr fixe Kosten in Höhe von 12.000 € bis 15.000 €.

Die haben Sie bei Margen, die durch die Onlinehändler ständig sinken. Da schauen Sie ganz schön in die Röhre. Deswegen sehen unsere kleinen Städte, aber auch die mittleren Städte so aus, wie sie aussehen.

Ich habe vorhin Herrn Wilken gesagt, dass ich zu den Innenstädten rede. Er sagte: Du hast doch gar keine Innenstadt. – Na ja, in Eschwege haben wir noch eine Innenstadt. Er hat aber nicht ganz unrecht. Wenn ich durch die Innenstadt gehe, habe ich den Eindruck, dass die Hälfte der Geschäfte weg ist.

Deswegen ist es so wichtig, dass wir diesen Städten jetzt helfen. Da hilft diese Förderpolitik nicht. Da würde nur eine ausreichende Finanzierung helfen.

Die Landesregierung macht einen Fehler. Aber vielleicht ist es auch gar kein Fehler. Denn Sie machen viel Schaufensterförderung. Sie machen den Fehler, dass sie die Städte und Gemeinden mit ihren Aufgaben alleinlassen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Sie machen einen weiteren Fehler. Sie übergeben ihnen immer mehr Aufgaben, aber Sie geben ihnen kein Geld dafür.

Man hat den Eindruck, das wird bewusst so gesteuert. Sie geben dann Geld, wenn welche fusionieren. Man könnte meinen, Sie wollen eigentlich weniger.

Meiner Ansicht nach gibt es aber noch ein weiteres sinnvolles Programm. Es lautet Entzerren statt Ballen. Das sage ich immer wieder. Ich werde es immer wieder sagen. Entzerren Sie endlich. Fangen Sie an, die Behörden und die Bildungseinrichtungen auf das Land zu bringen. Dann haben Sie diese Sorge nicht mehr. Dann ziehen nämlich junge Leute nach. Denn sie müssen ganz einfach nachziehen, weil sie dort ihre Ausbildung absolvieren. Sie haben dort ihre Arbeit. Dann kommen frische Ideen in diese wunderbaren Städte, die es noch sind, die aber teilweise in der Tat durchaus großer Hilfe bedürften.

Ja, die kleinen Städte sind chronisch unterfinanziert. Diese Schecküberreichungspolitik oder, wie es die Mitglieder der FDP-Fraktion sagen, dieses Preisausschreiben hilft keinem. Es hilft keinem. Es würde nur dann helfen, wenn ich finanziellen Freiraum habe. Dann könnte ich endlich anfangen zu denken und müsste nicht nur den Mangel verwalten.

(Beifall SPD, DIE LINKE und Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (Freie Demokraten))

Ich will noch eines draufsetzen. Ich werde auch immer wieder sagen, dass ich nach wie vor der Meinung bin, dass auch ein Ministerium in den ländlichen Raum gehört. Der Minister wird nachher sagen: Na ja, in Kassel ist ja eines. Davon profitieren der Schwalm-Eder-Kreis, Frankenberg, der Werra-Meißner-Kreis und, und, und. Ja, das mag sein. Das ist zum Teil zutreffend.

Aber schauen wir einmal auf die Mietpreise, die in Kassel explodiert sind. Da kann sich ein Student keine Wohnung mehr leisten, wenn er aus dem ländlichen Raum kommt. Denn er verdient dort automatisch weniger als in den Ballungsgebieten. Ich bin gespannt, was der Minister dazu sagt.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Es gibt durchaus größere Städte, die sich anbieten, da das eine oder andere hinzuschieben. Ich will nicht immer meine Heimatstadt Eschwege nennen. Ich nenne gerne auch Fulda, Bad Hersfeld oder andere Städte, die es verdient hätten, dass dort mehr passiert.

Viele von Ihnen sitzen in den Kommunalparlamenten. Wenn wir diese Mangelverwaltung endlich abstellen, würden wir dazu kommen, dass wir es schaffen, dass die Innenstädte und vor allem auch die Kommunen wieder eine gewisse Attraktivität erlangen. Sie können sich dann Events leisten. Sie können sich dann auch andere Dinge leisten, wie etwa Gastronomie. Sie können dann den Städtebau angehen.

Eines will ich auch noch einmal sagen. Das betrifft die Förderpolitik beispielsweise des Umweltministeriums, bei dem auch der ländliche Raum angesiedelt ist. Mit Wanderkinos und mit anderen Kleinigkeiten werden Sie die Menschen draußen in den Städten auf dem Land nicht überzeugen. Wir sprechen ja über die Innenstädte.

Wer etwas bewegen will, der muss sich bewegen. Ich sehe da nichts. Ich hoffe aber darauf, dass Sie sich im Sinne der Menschen, die dort leben, und im Sinne der Menschen, die hoffentlich bald da hinziehen werden, bewegen, weil Sie anfangen, tätig zu werden. – Meine Damen und Herren, vielen Dank.

(Anhaltender Beifall SPD – Beifall Hermann Schaus (DIE LINKE))

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege John, vielen Dank. – Das Wort erhält Abg. Hermann Schaus für die Fraktion DIE LINKE. Hermann, bitte.

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Titel des Antrags der Fraktion der FDP – ihr Setzpunkt – lautet:

Einzelhandel und Gastronomie nach Corona – Hessen in besonderer Verantwortung – Neustart der Innenstädte für alle Kommunen ermöglichen

Ich habe das deshalb vorgelesen, weil man durchaus meinen könnte – Herr Dr. Naas, so habe ich den Beitrag von Ihnen auch verstanden –, dass Sie die Innenstädte immer mit Einzelhandel und Gastronomie gleichsetzen. Den Rest, der die Innenstädte auch ausmacht, blenden Sie dann aus. Das kennen wir auch aus der Diskussion über die Öffnungen sonntags. Da erleben wir das immer wieder.

Der Handel ist seit jeher ein wesentlicher Bestandteil des innenstädtischen Lebens. Er ist nur ein Bestandteil. In fast jeder Stadt ist der Marktplatz der zentrale Ort des gemeinsamen Lebens. Fast immer befindet sich dort auch die Kirche. Um sie herum befinden sich oft auch gastronomische Betriebe. Ja, das ist richtig.

Der Handel ist zwar ein wesentlicher Teil des gemeinsamen Lebens, aber eben nicht das Ganze, das das Zusammenleben ausmacht. In den Innenstädten wurde ursprünglich nicht nur gehandelt, sondern vor allem auch gewohnt. Es wurde Handwerk betrieben und im Gasthaus miteinander gefeiert. Es gab Theater und Kleinkunst. Es gab freie Plätze zum zweckfreien Verweilen und Spielen.

Diese Vielfalt ist heute oft einer Monokultur gewichen, nicht zuletzt in den Städten, die von den Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs stark betroffen sind. Die Attraktivität einer Stadt ist also von viel mehr Faktoren abhängig als von einem umfangreichen und preislich attraktiven Warenangebot, das möglichst rund um die Uhr verfügbar sein soll. Vielmehr geht es um den Erlebniswert, den sie insgesamt bietet.

Wenn man sich den Antrag der FDP-Fraktion genauer anschaut, könnte man meinen, die FDP sei zu einer staatssozialistischen Partei geworden. Herr Kollege Hofmann hat das auch angesprochen. Staatsgeld hier, Anschubfinanzierung da – es ist wirklich atemberaubend, wie schnell die Mitglieder der FDP-Fraktion ihre Markt dogmen dann über Bord werfen, wenn es um Wirtschaftshilfen geht.

(Beifall DIE LINKE)

Ich finde das gar nicht schlecht. Ich werde noch darauf zu sprechen kommen. Wenn ich mich recht erinnere, lauteten bisher die zentralen wirtschaftspolitischen Positionen der FDP: Das soll alles der Markt regeln. Der Staat soll sich gefälligst aus der Wirtschaft heraushalten.

Dieser Sinneswandel in der FDP-Fraktion erfreut mich natürlich. Denn nicht zuletzt durch die Corona-Pandemie wird uns allen erneut aufgezeigt, welche zentrale Bedeu-

tung staatliche Maßnahmen und Hilfen auch für die Wirtschaft haben. Ohne die Aussetzung der Schuldenbremse, ohne verlängertes Kurzarbeitergeld und ohne Wirtschaftshilfen stünden wir doch sehr viel schlechter da. Dass diese stattlichen staatlichen Wirtschaftshilfen aber leider nicht mit Beschäftigungssicherungen verbunden wurden, haben wir immer wieder kritisiert.

Eine gute Wirtschaftspolitik ist deshalb immer auch eine gute staatliche Wirtschaftspolitik. Das gilt nicht nur, wenn die Not am größten ist und der Staat bezahlen soll. Vielmehr gilt das auch dann, wenn das Geld wieder hereinkommen muss. Ich hoffe sehr, die Mitglieder der FDP-Fraktion erinnern sich dann noch daran, wie viel Geld der Staat zur Erhaltung der Wirtschaft und der Arbeit zu Recht investiert hat, wenn es darum gehen wird, wer in welchem Umfang zukünftig diese enormen Ausgaben bezahlen wird.

Es sind also nicht nur der Handel und die Gastronomie in den Innenstädten, die es nun wiederzubeleben gilt. Vielmehr geht es auch um den Handel außerhalb der Innenstädte, um die Freiberufler und um die Soloselbstständigen. Ganze Bereiche wie die der Kunst, der Bildung und des Gesundheitswesens gilt es neu zu beleben.

Die Corona-Pandemie hat in zahlreichen Branchen und bei Zigtausend Menschen tiefe Spuren und wirtschaftliche Nöte hinterlassen. Wir brauchen also mehr als Innenstadtprogramme. Eine Belebung der Innenstädte wird nicht ausschließlich durch Menschen mit hoher, kaufkräftiger Nachfrage und Interesse an einem abendlichen Einkaufsbummel erreichbar sein. Dazu gehören, wie gesagt, lebenswerte Stadt- und Gemeindezentren, die Bürgerinnen und Bürger nicht bloß durch ein umfangreiches, zeitlich quasi unbegrenztes Shoppingangebot anlocken, sondern ihnen in erster Linie das Leben und selbstverständlich als Gäste auch das Verweilen dort schmackhaft machen.

(Beifall DIE LINKE)

Das kann z. B. durch bezahlbare Mieten für Bürgerinnen und Bürger und für den von Inhaberinnen und Inhabern geführten Einzelhandel und den Ausbau eines kostengünstigen öffentlichen Nahverkehrs geschehen. Es könnte kulturelle Angebote für Kinder wie Erwachsene geben, welche die Einöde des bloßen Shoppings durchbrechen würden. Es könnte attraktive und ausreichende Aufenthaltsmöglichkeiten für Besucherinnen und Besucher, großzügig begrünte und bepflanzte Orte mit Kinderspielflächen geben.

Sichere Arbeitsplätze gehören auch dazu. Es könnte auch ausreichendes und qualifiziertes Verkaufs- und Beratungspersonal mit tarifvertraglich geregelter Bezahlung sowie den entsprechenden Arbeitsbedingungen geben. Wir meinen, dass bei solchen Vorzeichen das Leben und Verweilen in den Zentren der Städte und Gemeinden wieder attraktiv würde.

(Beifall DIE LINKE)

Auch wir sind der Meinung, dass die von der Landesregierung bisher veranschlagten Mittel nur ein Tropfen auf den heißen Stein sind. Da sind wir uns mit den Mitgliedern der FDP-Fraktion durchaus einig. Kollege John hat das zu Recht angesprochen. Mit 12,5 Millionen €, verteilt auf die Innenstädte aller 422 hessischen Städte und Gemeinden, kann man in der Tat substanziell nicht viel ausrichten. Selbst die von der FDP-Fraktion in dem Antrag geforderten 10 € pro Einwohner – das wären dann etwas über 60 Millionen € – werden als einmaliger Beitrag dafür nicht

ausreichen. Es wäre zwar ein Anfang, aber deshalb fordern wir als LINKE seit Jahr und Tag eine ausreichende laufende Finanzierung der Städte und Gemeinden. Wir wollen keine Töpfewirtschaft.

(Beifall DIE LINKE)

Zudem kommt es bei der dauerhaften Stärkung des innerstädtischen Einzelhandels ganz besonders auf die Entwicklung des Versandhandels an. Diese Problematik wurde auch angesprochen. Die Entwicklung der Innenstädte nach der Corona-Pandemie ist deshalb ein großes Thema. Hier geht es um einen Strukturwandel, der durch die Corona-Pandemie massiv negativ beschleunigt wurde. Es gab ihn natürlich auch schon vorher. Damit beschäftigen wir uns schon seit vielen Jahren.

Es ist für mich fraglich, ob die Innenstädte als Freilichteinkaufsmielen in absehbarer Zeit noch Zukunft haben werden oder ob die Innenstädte nicht viel stärker auf die Lebens- und Aufenthaltsqualität, wie schon gesagt, auf Kultur und die Wiederansiedlung von Arbeitsplätzen z. B. im Dienstleistungsbereich setzen sollten. Ideen für eine nachhaltige und langfristige Perspektive der Innenstädte sind aber in dem Antrag der FDP-Fraktion leider nicht enthalten.

Der Sinn der Konjunkturprogramme ist doch, dass durch neue Investitionen neue Projekte hinzukommen sollen. Bestehende Projekte sollen damit nicht refinanziert werden. Es handelt sich also um einen Zielkonflikt. Den können wir am besten lösen, wenn wir förderfähige Projekte an sachliche, nachhaltige und kluge Bedingungen knüpfen anstatt an zu enge Zeitvorgaben, wie es bei dem Programm der Landesregierung in der Tat der Fall ist.

Abschließend möchte ich nochmals meine Hoffnung ausdrücken, dass die Mitglieder der FDP-Fraktion ihr Ansinnen, durch die Hintertür immer und immer wieder den verfassungsrechtlich geschützten Sonn- und Feiertag aufzuweichen, endlich aufgeben. – Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Hermann Schaus, vielen Dank. – Das Wort erhält der Wirtschaftsminister, Herr Staatsminister Al-Wazir. Tarek, bitte.

Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch hier sind sich alle einig über die große Bedeutung der Innenstädte für die Bürgerinnen und Bürger. Allen ist klar, dass wir riesige Herausforderungen vor uns haben, was Einzelhandel, Gastronomie und Hotellerie angeht.

Auch das ist mehr oder weniger von allen gesagt worden, aber ich will es noch einmal betonen: Wir haben hier ein durch Corona verstärktes Problem, das Problem aber war schon vorher da, und es wird auch nach Corona da sein. Vielleicht haben wir jetzt einfach „wegen“ der Corona-Pandemie noch einmal ganz besonders vor Augen geführt bekommen, was da eigentlich stattfindet, und können jetzt an dieser Stelle alles dafür tun, dass wir die Krise vielleicht sogar als Chance nutzen, weil wir das, was wir dort erleben, bereits seit Jahren erleben.

Der Anteil des Onlinehandels steigt. An dieser Stelle kann ich nur sagen: Wer ohne Bestellung ist, der werfe den ersten Stein. Das ist einfach so. Diese ganzen Sprinter, die mit den Paketen durch die Wohnstraßen fahren, sind nicht von irgendeiner bösen Macht geschickt,

(Zuruf)

sondern es sind die Leute, die bestellen. Teilweise sagen dann die gleichen Leute: „Komisch, ich finde in meiner Stadt nichts mehr, wo ich einkaufen kann.“ – Das gehört zur Wahrheit dazu. Ich will das nicht bewerten, ich will nur sagen, dass das die Prozesse sind, die dadurch hervorkommen.

Das heißt, wir werden weiterhin eine Veränderung erleben. Wenn wir die Innenstädte dauerhaft wettbewerbsfähig lassen wollen, brauchen wir eine Anpassung an diese neuen Gegebenheiten. Das bedeutet übrigens auch, dass der verbleibende Handel sich weiter digitalisieren muss; das gehört dazu. Das ist gerade für inhabergeführte Geschäfte nicht so einfach, die eben keine eigene Online- oder Marketingabteilung haben, sondern die allein im Laden stehen; das ist völlig klar. Aber wir werden am Ende alles dafür tun müssen, dass auch diese Chancen genutzt werden.

Wir werden – und da sind wir bei Corona – die Gastronomie- und Hotelleriebetriebe beim Neustart unterstützen. Das machen wir, weil wir sicher sind, dass sie am Ende auch weiterhin in den Innenstädten präsent sein werden. Es gilt aber ausdrücklich: Die Landesregierung will nicht gegen den Strukturwandel ankämpfen, der sowieso passiert, sondern wir müssen ihn gestalten. Wir müssen dafür sorgen, neue Gelegenheiten zu schaffen, damit Menschen in die Stadt kommen, wie man immer so schön sagt. Dementsprechend ist klar, dass wir die Innenstädte nachhaltig und zukunftsorientiert gestalten müssen.

Zur Sonntagsöffnung zwei böse Wahrheiten, Herr Kollege Schaus: Erstens stimmt es, dass die Sonntagsöffnung nicht hilft, Stichwort: Kämpfen gegen den Strukturwandel. Ich kann mich erinnern, es ist schon angesprochen worden, als Kollege Jörg-Uwe Hahn es zu seinem persönlichen Thema machte, die Videotheken durch Sonntagsöffnung zu retten. Es hat die Videotheken aber nicht gerettet. Wir wollen aber nicht, dass die Innenstädte das Schicksal der Videotheken teilen. Man kann also nicht gegen einen Strukturwandel ankämpfen, sondern man muss ihn gestalten.

Die zweite schlechte Nachricht lautet – Stichwort: Kirchen gegen Sonntagsöffnung –: Das Wort „Messe“ kommt daher, dass früher der Rummel quasi um die kirchlichen Feiertage herum stattgefunden hat. Wenn man also ganz weit zurückgeht, war das durchaus einmal anders. Aber okay, wir haben uns weiterentwickelt.

Dementsprechend ist klar, dass wir ein Stadtzentrum wollen – da sind wir wieder bei der Innenstadt, wie sie früher einmal war –, in dem nicht nur eingekauft wird, sondern in dem gewohnt wird, in dem gearbeitet wird, in dem konsumiert wird, aber in dem auch Kultur und Gastronomie stattfinden. Es geht darum, den Nutzungsmix, den eine „alte“ Innenstadt einmal hatte, wieder hinzukriegen, damit es am Ende attraktiv wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Ich will zum nächsten Punkt kommen. Ja, wir greifen den Kommunen unter die Arme. Wir haben insgesamt 40 Millionen € aus dem Neuen Hessenplan, aus dem Sonderver-

mögen zur Verfügung. Jetzt ist der erste Förderaufruf von 12,25 Millionen € draußen. Wir wollten, dass es schnell geht. Es war der ausdrückliche Wunsch der Bündnispartner im Bündnis Innenstadt: Macht etwas, was jetzt schnell funktioniert. – Ja, das ist sportlich, bis zum 30. Juni eine Interessenbekundung abzugeben. Sie müssen dort aber nicht den fertigen Antrag mit allen Formularen abgegeben haben, sie müssen die Interessenbekundung abgegeben haben. Sie müssen eine Skizze haben, mit der sie ihre Idee darstellen und ungefähr sagen, wie sie sich das vorstellen. Sie brauchen auch noch keinen Gremienbeschluss. Wenn die Jury – die übrigens nicht aus dem Ministerium besteht, sondern auch aus dem Ministerium und den Bündnispartnern, Handelsverband, Handwerkskammern, der Architekten- und Stadtplanerkammer, sozusagen alle unsere Bündnispartner, die wir da haben – dann sagt, das ist eine gute Idee, dann sagen wir: Okay, ihr habt den Zuschlag, jetzt könnt ihr den Antrag schreiben.

Gerade, wenn alle sagen: „Es muss jetzt schnell etwas passieren, weil wir jetzt in der Situation sind, in der wir wieder öffnen“, dann ist es auch richtig, genau an dieser Stelle Tempo zu machen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind eines der ganz wenigen Länder in Deutschland, die jetzt ein aus Landesmitteln finanziertes Innenstadtprogramm auf den Weg bringen. Aber es muss dann innovativ sein, es muss bedarfsgerecht sein. Am Ende muss einer den Kommunen die Möglichkeit geben, flexibel auf die Problemlagen zu reagieren. Deswegen haben wir die alle zusammengeholt: Die Kommunalen Spitzenverbände, die Praktikerinnen und Praktiker, Marketingverbände und Ähnliches, weil das am Ende diejenigen sind, die es vor Ort umsetzen müssen. Es nützt ja nichts, wenn wir uns hier im Landtag oder im Ministerium irgendwas ausdenken, was dann vor Ort nicht funktioniert. Ich glaube, da sind wir auf dem richtigen Weg. Wir haben auch viele gute Hinweise von denjenigen bekommen, die am Ende vor Ort dafür da sind, diese Programme umzusetzen.

Ich sage ausdrücklich: Das sind gute Bedingungen. Je nach Finanzkraft der Kommune haben wir eine Förderquote von 80 % bis 90 %. Das ist mehr, als es sonst gibt. Ein bisschen Eigenanteil muss sein; denn, wenn es „nur“ fremdes Geld ist, kommt man manchmal auf komische Ideen. Aber ich glaube, dass an dieser Stelle sehr klar ist, dass wir da etwas sehr Attraktives haben. Ich sage ausdrücklich auch: Ich halte eine Pauschalförderung, wie sie die FDP in ihrem Antrag vorschlägt, für falsch. Einfach allen Geld zu geben, egal, ob die Idee gut oder schlecht ist, egal, ob sie schnell oder langsam sind, egal, ob sie sich viel oder wenig Mühe geben, das ist sozusagen, na ja, Sozialismus.

(Vereinzelte Heiterkeit – Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe)

Es hat jedenfalls mit dem Leistungsprinzip nichts zu tun. Dementsprechend bin ich gespannt, welche Ideen bei uns auf dem Tisch landen.

Wir wollen ausdrücklich, dass am Ende diejenigen, die besonders kreativ sind, auch den Zuschlag erhalten und natürlich gutes Beispiel für andere sind, die dann sagen: „Mensch, auf die Idee hätten wir auch kommen können“, und das vielleicht aus eigenen Mitteln finanzieren. Es ist schon so: Etliche Gemeinden haben eigene Programme auf den Weg gebracht, und zwar nicht nur die reichen, sondern

auch die armen, weil sie genau wissen, wie wichtig ihre Innenstadtentwicklung ist.

Wenn am Ende kluge und kreative Ideen gefördert werden, die wirklich beispielhaft bzw. gute Beispiele sind, dann können sich andere davon ein Stückchen abschneiden. Das kann alles Mögliche sein: Pop-up-Stores, Repair-Lokale, Coworking-Flächen. Es kann auch sein, dass man Innenstädte attraktiver gestaltet oder umnutzt. Einfach überlegen, wie man das hinbekommt, und dann wollen wir die besonders fördern.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Ich will einen weiteren Punkt ansprechen. Wir werden natürlich im Verlauf weitere Programmausschreibungen haben. Es wird einen zweiten Förderaufruf geben, und auch da werden wir erneut das Bündnis für die Innenstadt in die Erarbeitung einbinden, weil wir insgesamt diese 40 Millionen € aus dem Sondervermögen zur Verfügung haben. Ich sage es erneut: Wenn wir es nicht hätten, müssten wir es erfinden, weil es uns genau diese Flexibilität erlaubt. Sie werden es dann natürlich auch im Haushaltsausschuss sehen. Das ist der Unterschied: Wenn es nur ein Haushaltsbeschluss wäre, könnten wir machen, was wir wollen. Das wollen wir aber gar nicht, wir wollen am Ende auch den Landtag beteiligen.

Ich will hinzufügen: Es geht auch zusätzlich zu den schon vorhandenen Städtebauprogrammen. Da muss ich wiederum einen kleinen Blick zurück werfen, Herr Kollege Naas. Wir haben diese Städtebauprogramme des Bundes. Da ist unter anderem „Lebendige Zentren“ dabei. Vor zehn Jahren, 2010 – Sie können sich an das Jahr im Wirtschaftsministerium erinnern, Herr Naas –, hat das Land Hessen die Kofinanzierung dieser Bundesprogramme eingestellt. Wir hatten am Ende eine Situation, dass fast die Hälfte der Bundesfördermittel aus diesen Städtebauprogrammen in Hessen nicht abgerufen worden ist, weil die Kofinanzierung nicht dabei war.

Wir haben jetzt sukzessive – Priska Hinz hat damit angefangen – seit 2014 Jahr für Jahr die Kofinanzierungsmittel erhöht. Jetzt sind wir im Haushaltsjahr 2020 erstmals so weit gewesen, dass wir alles kofinanzieren haben. Das bedeutet, dass wir die Städtebauprogramme des Bundes komplett abrufen und auch einsetzen können. Das sind insgesamt knapp 100 Millionen €, die bereitstehen, um am Ende kleine Gemeinden zu fördern, lebendige Zentren zu fördern und nachhaltige Erneuerung in den Kommunen zu fördern; denn auch da geht es um strukturelle Veränderungen der Kommunen. Dementsprechend glaube ich, dass wir diese Unterstützung dort wollen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein letzter Punkt, Herr Präsident. Wir wollen natürlich auch die Kommunen dabei unterstützen. Wenn ich jetzt beispielsweise den Tourismus anspreche, dann haben wir eine Kampagne „Schau mal ums Eck“, weil wir sicher sind, dass es viele Leute gibt, die die Gelegenheit nutzen wollen, wegzufahren, sich aber noch nicht so weit weg trauen und deswegen auch in diesem Jahr gerne das eigene Land oder das Nachbarland entdecken.

(Alexander Bauer (CDU): Urlaub in Offenbach!)

– Genau, Urlaub in Offenbach, und an der Bergstraße, Herr Kollege Bauer. – Dementsprechend ist aus meiner Sicht völlig richtig und wichtig, dass auch das den Städten hilft;

denn, wenn sie am Ende Gäste haben, die von außerhalb kommen – auch wenn sie nicht von weit weg kommen –, haben sie im Zweifel potenzielle Konsumenten.

Aber auch da können wir nicht alles lösen. Wer in Frankfurt am Paulsplatz bisher davon gelebt hat, 80 % seiner Koffer an chinesische Touristen zu verkaufen: Da können wir an Programmen auflegen, was wir wollen, das wir erst einmal nicht mehr funktionieren. Das dauert eine gewisse Zeit. Dementsprechend glaube ich, dass unser Anspruch sein muss, nicht irgendwie den Strukturwandel zu bekämpfen, der sowieso stattfindet, sondern ihn zu gestalten, ihn in die richtige Richtung zu lenken und am Ende – das muss der Anspruch sein – stärker aus der Krise herauszukommen, als wir hineingegangen sind. – Vielen Dank.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Minister. – Es gibt den Wunsch einer Kurzintervention. Herr Kollege Lenders.

Jürgen Lenders (Freie Demokraten):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich muss hier schon etwas richtigstellen und ins richtige Licht rücken. Herr Al-Wazir, Sie haben eben gesagt, dass 2010 die Städtebauförderprogramme auf null gefahren worden seien, weil wir als Land die Kofinanzierung nicht mehr zur Verfügung gestellt hätten.

Ich weiß nicht, warum Ihr Koalitionspartner da nicht so langsam aus dem Sack hüpft. Ich kann Ihnen sagen, dass es damals ein Obleutegespräch gegeben hat, bei dem wir im Wirtschaftsministerium versucht haben, die Vorgaben des Finanzministers der CDU umzusetzen, weil wir erhebliche Mittel einsparen mussten. Man erinnere sich an 2010, welche Situation wir seinerzeit in wirtschaftlicher Hinsicht hatten, wie der Landeshaushalt aussah und dass wir, bevor wir zu den Maßnahmen gekommen sind, Leute zu entlassen zu müssen, im Wirtschaftsministerium vor der Frage standen: Was machen wir? Wo können wir Geld sparen?

Dann haben wir die Obleute zusammengerufen und gesagt: Wir machen euch jetzt den Vorschlag, dass wir nicht mehr in die volle Kofinanzierung der Bundesmittel gehen. Aber es soll uns dann nachher keiner diesen Vorwurf machen. – Aber genau das machen Sie jetzt. Sie können jetzt sagen, nicht dabei gewesen zu sein, aber zumindest muss das hier einmal richtiggestellt werden. So, wie Sie hier immer das Bild von den Städtebauförderprogrammen zeichnen, geht es einfach nicht.

(Beifall Freie Demokraten)

Eines gebe ich Ihnen auch noch mit auf den Weg. Wenn Sie hier immer das Programm „Lebendige Zentren“ zitieren: Das war das ehemalige Programm „Aktive Kernbereiche“, wenn mich nicht alles täuscht. Was Sie mit Ihren Programmen gemacht haben, ist das, was Sie so oft machen: „Lebendige Zentren“, Bundesmittel, umverpacken, ein neues Bändchen drum, neu vermarktet und als neues Programm von Ihnen verkauft. – Das ist Etikettenschwindel, und das lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Beifall Freie Demokraten)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Tarek, Deine Antwort.

Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Abg. Lenders, erst einmal: Was die Titel der Programme angeht, ist das nicht unsere Entscheidung, weil das Programme des Bundes sind. In diesem Fall ressortieren sie bei Innen, Bau und Heimat – so heißt das –, und die haben die Namen geändert. Dann verändern sich quasi die Namen der Landesprogramme hinterher. Wir haben jetzt das Ganze gebündelt in drei verschiedenen Programmen mit neuen Titeln. Deswegen heißen sie jetzt so.

Das Zweite ist die Frage: Was macht man, oder was kofinanziert man? – Ja, wir hatten nach der Finanzkrise zwei, drei sehr schwere Haushaltsjahre. Da wurden Entscheidungen getroffen, die vielleicht, im Nachhinein gesehen, nicht richtig waren.

(Jürgen Lenders (Freie Demokraten): Sie waren vor allen Dingen auch nicht einfach!)

– Sie waren auch nicht einfach. – Wir haben am Ende Landesgeld gespart, gleichzeitig aber weiteres Bundesgeld liegen lassen, am Ende 40 bis 45 %.

(Zuruf Jürgen Lenders (Freie Demokraten) – Unruhe – Glockenzeichen)

Ich will Ihnen an dieser Stelle einfach nur sagen: Wir haben das jetzt sukzessive nach oben gefahren. Wir haben jetzt eine Summe – wenn man die Sportstättenförderung in der Kofinanzierung noch dazurechnet –, mit der wir insgesamt bei 107 Millionen € sind, die wir Jahr für Jahr zur Verfügung haben. Die Hälfte kommt vom Land, die andere Hälfte vom Bund.

Ich will jetzt nicht in Wunden bohren. Aber vielleicht war die Antwort eines – wenn Sie so wollen – atmenden Sondervermögens als Antwort auf die nächste Krise deswegen, so gesehen, gar keine schlechte Idee.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Meine Damen und Herren, normalerweise machen wir gar keine Kurzinterventionen mit dem Minister. Das gibt es eigentlich gar nicht – das macht aber nichts. Ab 30 Grad lassen wir das auch dem Kollegen Lenders durchgehen und insbesondere dem amtierenden Präsidenten. Das ist auch in Ordnung so. Das war auch vernünftig, weil sowieso eine zweite Runde kommt.

Dr. Naas hat sich noch einmal gemeldet, er hat allerdings hier hinterlassen, er brauche nur zwei Minuten und nicht länger. Ich wollte dem Auditorium das nur mitteilen. Sie können dann selbst beurteilen, wie lange er spricht. – Bitte sehr, du hast das Wort.

Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten):

Ich dachte, ich bekomme die zwei Minuten zusätzlich, Herr Präsident. Es war anders abgemacht.

(Heiterkeit)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Man muss, so glaube ich, doch noch einmal etwas zu dem Thema sagen; denn es wird uns die nächsten Jahre beschäftigen.

Herr Minister, meine erste Frage ist: Glauben Sie allen Ernstes, dass Sie den Strukturwandel in den hessischen Innenstädten mit 10 oder auch mit 50 oder 40 Millionen €, die Sie angekündigt haben, lösen können? – Wir glauben das nicht.

Wir haben jetzt einen Vorschlag gemacht. Wir sind in verschiedenen Punkten einer Meinung – ich habe das auch herausgehört. Aber wir haben jetzt einen konkreten Vorschlag gemacht, wie wir jede Stadt und jede Gemeinde fördern können. Ihr Förderprogramm ist auch für Gemeinden. Herr Kollege Schaus oder Kollege Hofmann – ich weiß nicht, wer es gesagt hat –, deswegen müssen wir hier auch nicht über die Stadtrechtsverleihung diskutieren. Das Förderprogramm ist für alle hessischen Städte und Gemeinden.

Wir wollen für jede Stadt und jede Gemeinde ein Angebot machen, und wir glauben, dass die Kommunen und die Gewerbevereine vor Ort mit all ihrer Kreativität am besten wissen, wo das Geld sinnvoll angelegt ist. Wir wollten vermeiden, dass es jetzt eine Ministerialbürokratie gibt. Sie haben es ja gesagt: 15 Verbände richten darüber, ob der Vorschlag sinnvoll ist oder nicht. – Das wollten wir vermeiden, indem wir gesagt haben: Vielleicht kommt auch einmal ein Euro an die falsche Stelle; das ist besser, als wenn hier in Bürokratie investiert wird. – Wir wollten ein bürokratiearmes System. Deswegen haben wir als Kennzahl die Einwohnerzahl gewählt.

Sie werfen uns hier vor, wir hätten eine unpassende Kennzahl. Wir haben immerhin eine Kennzahl, nämlich die Einwohnerzahl. Sie haben gar keine Kennzahl. Sie sagen, jeder kann sich bewerben. Aber das ist in Gottes Hand in diesem Ministerium; denn man muss durch diese Jury durch. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist alles – nur keine Kennzahl.

(Beifall Freie Demokraten)

Kollegin Heitland, Sie haben mir hier die Projekte vorgeworfen – und dass die Verbände alle einstimmig dafür gewesen wären. Das ist doch gar nicht richtig. Sie müssen sich einmal mit den Verbänden unterhalten. Die Verbände haben natürlich im Einzelfall auch Kritik an der Entscheidung geübt. Sie haben nämlich klar und deutlich gesagt, sie wollen, dass die Projekte, die gut sind und die sich bewährt haben, auch gefördert werden. – Das wollen Sie aber nicht. Sie wollen nur neue Projekte fördern.

Die Krönung ist für mich, dass der Gewinner 1 Million € bekommt, obwohl er nur 250.000 € im Verfahren bekommen hat. Das müssen Sie uns einmal erklären, Herr Al-Wazir. Die Schecks hätten Sie doch auch mit 10.000 oder mit 20.000 € Preisgeld übergeben können. Warum muss es denn die Million sein?

Letzter Aspekt. Kollege Hofmann, dass ich es geschafft habe, dass ich bei Ihnen so mit der Sonntagsöffnung verknüpft bin, dass bei Ihnen dieser pawlowsche Reflex jetzt schon einsetzt: Ich habe in meiner achtminütigen Rede nicht einmal das Wort Sonntagsöffnung erwähnt. Aber das ist mittlerweile gesetzt. Ich kann Ihnen an dieser Stelle sagen: Das ist ein Freiheitsthema für uns, und wir bleiben

auch an diesem Thema dran, weil es den hessischen Innenstädten nutzt.

(Beifall Freie Demokraten)

Wir werden auch an dem Gesamthema Innenstädte dranhängen, und wir werden uns hier noch öfter über die hessischen Innenstädte unterhalten müssen, weil das in den nächsten Jahren die Sorgenkinder sein werden. Wir erwarten mehr von der Hessischen Landesregierung als dieses Schmalspurprogramm. – Vielen Dank.

(Beifall Freie Demokraten)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Dr. Naas. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Dann werden wir die Anträge unter Tagesordnungspunkt 60 und 91 dem Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen zur weiteren Behandlung überweisen.

Dann rufe ich **Tagesordnungspunkt 55** auf:

Antrag

Fraktion der AfD

Gegen Gender-Zwang – für die deutsche Grammatik

– Drucks. 20/5890 –

Kollege Dr. Grobe hat das Wort. Bitte sehr.

Dr. Frank Grobe (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Wir befinden uns im Jahre 2021 nach Christus. Ganz Hessen – nein, sogar ganz Deutschland – ist von geschlechtergerechten Sprachpolizisten besetzt. Doch rings um Deutschland leisten die Feinde dem Gendersternenchen Asterisk Widerstand.

Denn in Frankreich hat man die gendergerechte Schriftsprache aus den Schulen und Behörden verbannt.

(Beifall AfD)

Die Briten gehen, wie immer, pragmatisch vor. Sie vermeiden so weit wie möglich das Anzeigen von Geschlechtlichkeit. Dort heißt eine Theresa May oder eine Margaret Thatcher einfach nur Prime Minister.

In Ost- und Südeuropa kräht ohnehin kein Hahn-Gendersternenchen-Innen nach diesem Quatsch.

Und in Norwegen wurde der Genderunsinn bereits 2011 eingestellt, da er mit der Lebenswirklichkeit der Menschen nicht in Einklang zu bringen war.

(Beifall AfD)

Anders in Deutschland. Dort gehen die unbeugsamen Sprachenstürmer aller Parteien – mit Ausnahme der AfD – wieder einen deutschen Sonderweg. Einen Sonderweg der „Sprachverhunzung“, wie es Elke Heidenreich so schön ausdrückte. Denn Sie alle glauben, dass am deutschen Wesen die Welt wieder genesen könne.

Dass fast zwei Drittel der Bevölkerung diesen intoleranten Diversitätsabsolutismus ablehnen – wie jüngste Umfrageergebnisse zeigen –, scheint Sie nicht zu tangieren. Selbst unter den GRÜNinnen will eine knappe Mehrheit mit diesem Genderunsinn nichts zu tun haben. Diese Zahlen wi-

dersprechen der Ansicht von Staatsministerin Dorn, die in der geschlechtergerechten Sprache einen „breiten gesellschaftlichen Konsens“ sieht. – Frau Ministerin Dorn, vielleicht sollten Sie Ihren Kompass neu einnorden; denn mit dem Segelschiff aus Ihrer letzten Regierungserklärung navigieren Sie direkt ins Bermudadreieck.

(Beifall AfD)

Denn wer will schon, wie das Gleichstellungsbüro der Goethe-Universität empfiehlt, anstelle der Anrede Herr oder Frau die nichtbinäre Geschlechtsidentität „Enby“ verwenden? Das ist nicht nur irrsinnig – das ist krank, meine Damen und Herren.

Dass wir uns damit international lächerlich machen, musste selbst Ihre Säulenheilige Angela Merkel in China kleinlaut einräumen. Mit wohl gespielter Selbstkritik teilte sie mit, dass Deutschland zwar über keine eigene Digitalstruktur, aber dafür über mindestens drei Geschlechter verfüge. Wenn man nun bedenkt, dass es bei 83 Millionen Einwohnern in Deutschland nur 394 diverse Menschen, aber über 200 Genderprofessuren gibt, bedeutet dies, dass auf zwei divers gemeldete Personen mehr als eine Genderprofessur entfällt.

(Beifall AfD)

Das heißt, wir haben endlich in einem Fach bessere Studienbedingungen als in Oxford oder in Harvard. – Ich gratuliere Ihnen. Wir können uns also bald nicht mehr vor Nobelpreisen retten.

Doch worum geht es eigentlich bei den Genderstudiengängen und deren Sprache? Es geht um Distinktion und Abgrenzung von den Normalbürgern,

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das ist nicht normal!
– Gernot Grumbach (SPD): Normal ist das nicht!)

um somit einen Sonderstatus zu erhalten sowie ständig neue Opfergruppen zu konstruieren, Kritiker als Rechte zu diffamieren, wissenschaftliche Standards als Diskriminierung zu definieren und Steuergelder für die nicht wissenschaftliche Ausarbeitung von gefühlten Wahrheiten abzugreifen.

(Beifall AfD)

Der Kreislauf wird nicht enden; denn auf Genderlehrstühle folgen immer weitere bis hin zu neuen Curricula. So alimentiert sich das grün-linke Eliten-Establishment auf Kosten der Steuerzahler bis ans Lebensende.

(Beifall AfD)

Die Treiber dieser Sprachneurosen sind also überwiegend Personen, die arrogant, rechthaberisch und militant auftreten und mehrheitlich dem akademischen Proletariat angehören.

(Lisa Gnadl (SPD): Wer ist das? – Zuruf Gernot Grumbach (SPD))

Und mit denen wollen Sie sich gemein machen, werte Damen und Herren von der CDU und FDP?

(Unruhe – Glockenzeichen)

Natürlich werden einige unter Ihnen jetzt denken: Wir wollen diesen linksradikalen Gerechtsprechwahn auch nicht. – Aber ist das ehrlich gemeint? Betreiben Sie jetzt wirklich wieder Realpolitik? Wir glauben Ihnen diesen Sinneswandel nicht.